





gelung des Staatshaushalts und durch die Lösung der damit zusammenhängenden Fragen in Anspruch genommen werden. Das Ansehen, der Credit und die Sicherung der staatlichen Einnahmen gebieten gleichmäßig die baldmöglichste Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Einnahmen für den Staatshaushalt und deren Bedeckung. Die übernommenen Verbindlichkeiten, die unabwieslichen Forderungen für die Sicherheit der Monarchie so wie die Erfordernisse für die Verwaltung und Entwicklung des Landes ständen dem berechtigten Streben nach möglicher Sparsamkeit gegenüber. Es sei jedoch zuversichtlich zu hoffen, daß, wenn im Interesse einer guten Hausführung in jedem Zweige der Verwaltung alles geschehen sein werde, was geschehen müsse und ohne Gefährdung der Lebensbedingungen, der Sicherheit und der Entwicklung geschehen könne, wenn auf den Gebieten der Administration und der Rechtspflege zweckmäßige und radicale Reformen vollzogen würden, wenn die Nation bereitwillig jene Opfer gebracht haben werde, welche das vorgestellte heilsame Ziel von ihrem Patriotismus fordere, wenn durch die Verbesserung und Regelung der Creditverhältnisse und durch sonstige zur Hebung der Production, des Handels und der Industrie notwendige Vorkehrungen für die Kräftigung der Steuerfähigkeit und die leichtere Bewältigung der zu übernehmenden Lasten vorgesorgt sein werde — dann, aber auch nur dann werde es gelingen, die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage zu überwinden. Die Regierung werde in ihren Vorlagen keine der auf eine günstige Gestaltung der gesammelten Staatsangelegenheiten bezügliche Frage außer Acht lassen; dieselben werden die dringenden Bedürfnisse in jedem Zweige des öffentlichen Lebens umfassen. — Die Chronik lenkt die Aufmerksamkeit des Reichstages insbesondere auf diejenigen Vorlagen, welche den Zweck verfolgen, die Wirksamkeit der verschiedenen Verwaltungszweige in Einklang zu bringen und eine Verbesserung der Administration und Rechtspflege, sowie eine Regelung des Communicationswesens und der öffentlichen Arbeit, sowie eine Ergänzung des Eisenbahnnetzes herbeizuführen. Erwähnt werden ferner Vorlagen, betreffend eine zeitgemäße Regelung der Verhältnisse des Oberhauses und über eine Lösung der Religions- und Ehefragen in dem durch die Bedürfnisse des Lebens geforderten Maße. Die Regierung sei außerdem eifrig bestrebt, eine zweckmäßige Lösung der Bankfrage herbeizuführen; auch habe dieselbe bereits Unterhandlungen wegen Mobilisirung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1867 mit der österreichischen Regierung eingeleitet. Endlich sollen vor Ablauf der gesetzlichen Dauer des gegenwärtigen Reichstages die zwischen beiden Theilen der Monarchie in den Jahren 1867 und 1868 auf 10 Jahre getroffenen Vereinbarungen zur Verhandlung gelangen. (Lebhafte Zustimmung.) „In dieser Beziehung wollen wir der Hoffnung Raum geben, daß die Verhandlungen vom Geiste wechselseitiger Billigkeit durchdrungen sein werden. Die Zeit, die Lage des Landes und die große Zahl der vorbereiteten Gesetzentwürfe mahnt zu energischer eifriger Thätigkeit. Unsere herrlichen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten berechtigen uns zu der Hoffnung, daß der Friede trotz der in neuester Zeit aufgetauchten Ereignisse aufrecht erhalten werden wird und daß Sie daher Ihren legislativischen Beruf ungehindert verfolgen können.“ — Hierauf wird der Reichstag für eröffnet erklärt. (Anhaltende und lebhafte Eisen-Rufe.)

### Schweiz.

Bern, 26. August. [Das vom Großen Rathe des Cantons Genf auf Antrag des Deputierten Marziano angenommene Gesetz betreffend den äußern Cultus] lautet vollständig:

Art. 1. Jede Cultusfeier, Prozession oder religiöse Ceremonie, welcher Art sie sein mag, ist bei Strafe von bis 15 Tagen Polizeigeld und Geldbuße von 10 bis 50 Fr. auf öffentlicher Straße untersagt. Art. 2. Der gleichen Strafe verfallen die Urheber und Teilnehmer, von Probedemonstrationen, Unordnungen, welche durch eine Cultusfeier auf einem Privatgrundveranlaßt worden sind. Art. 3. Das Tragen einer jeden geistlichen Tracht oder der eines religiösen Ordens auf öffentlicher Straße ist den länger als einen Monat im Canton Genf sich aufhaltenden Personen untersagt.

[Pfarrer Falk.] Auch im Canton St. Gallen hat sich die Regierung neuerdings zum Vorgehen gegen einen auffälligen katholischen Geistlichen veranlaßt gesehen. Sie hat den Pfarrer Falk von Mönchlingen aus diesem Grunde dem Straßrichte überwiesen, und ebenso vier Mitglieder des Kirchenverwaltungsrathes jener Gemeinde, welche dem Herrn Pfarrer in seinem Widerstande Beistand geleistet haben.

[Zur Fusion der Eisenbahnen.] Laut heute Morgen eingegebenem Telegramm hat der Verwaltungsrath der Nordostbahn mit 12 gegen 7 Stimmen den von seiner Direction im Verein mit der Direction der Centralbahn ausgehandelten Vertrag, betreffend Fusion der beiden Bahnen mit den westschweizerischen Bahnen, welchen der Verwaltungsrath der Centralbahn, wie Ihnen bekannt, vorgestern genehmigt hatte, abgelehnt. In Folge dessen fällt dieses Fusionsproject dahin, und es wird wohl nichts Anderes mehr übrig bleiben, als die Fusion der Suisse Occidentale mit der Berner Jura-Bahn.

Bern, 27. Aug. [Zur Subventionirung des Simplon-Durchstichs.] Der Beschluß, betreffend die Subventionirung des Simplon-Durchstichs, welchen der Regierungsrath des Cantons Bern gestern gefaßt hat, lautet wörtlich:

In Erwägung, daß die Feststellung einer zweiten schweizerischen Alpenbahn ein nationales Werk, bei welchem ein großer Theil der Schweiz betheiligt wird; daß die Simplonbahn die Entwicklung des internationalen Verkehrs auf einem großen Theile der Eisenbahnlinien des Cantons Bern begünstigen wird, bei welchem der Staat als Actionär in hohem Maße betheiligt ist; daß diese Verkehrsentwicklung nicht nur von der Herstellung der Simplonbahn, sondern auch in gewissem Maße von dem Zustandekommen der Betriebsfusion zwischen den Eisenbahn-Gesellschaften des Jura und der Westschweiz abhängt, beschließt der Regierungsrath des Cantons Bern auf Antrag der Direction der Eisenbahnen: 1) Der Regierungsrath wird dem Großen Rathe und dem Berner Volke zu geeigneter Zeit den Antrag stellen, es sei für den Durchstich des Simplon die nämliche Summe zu verabfolgen, welche für die Gotthardbahn bewilligt worden ist, nämlich eine Subvention von einer Million Franken unter analogen Bedingungen. 2) Dieser Beschluß erhält seine Gültigkeit, sobald der Betriebs-Fusionsvertrag vom 14. Juli 1875 zwischen den Bernischen Jura-Bahnen und den schweizerischen Westbahnen allseitig ratificirt ist.

Nachdem das Project der Central- und Nordostbahn-Direction in Folge Ablehnung des Verwaltungsrathes der letzteren Bahn vollständig beseitigt worden ist, steht dem Betriebs-Fusionsvertrage jetzt hauptsächlich nur noch die Opposition des Cantons Waadt entgegen, wo man der Ansicht ist, die Fusion mit den Berner Jura-Bahnen werde nur dem Canton Vaud zu Gunsten gereichen, dem Canton Waadt aber zum Nachtheil. In dieser Angelegenheit wird der Canton Freiburg, welcher bei den schweizerischen Westbahnen mit einem Capital von 36,280,400 Francs interessirt ist, wohl den Ausschlag geben.

[Frommer Betrug.] In dem Genfer Drie Versoir wurde von den Gendarmen ein Wagen voll Effecten mit Beschlagnahme belegt, welche die barmherzigen Schwestern unter dem Vorwande, es sei das Eigentum der Frau Girod von Ain, aus dem dortigen Kloster in Sicherheit bringen wollten.

Genf, 27. August. [Aus der Dankrede,] welche Herr Thiers am 25. d. Mts. hier an eine ihn begrüßende Deputation der französischen Gesellschaft hielt, theilen schweizerische Zeitungen folgende Stelle mit:

Sie benehmen, meine Herren, die Schweiz, ein freies und republikanisches Land, und Sie sehen, daß es keine Krisen hat, ohne daß Jemand dadurch ernstlich beunruhigt wird. Wir bedürfen Zeit, um eben dahin zu kommen, aber mittelst Geduld und Klugheit werden wir das Ziel erreichen. Vergessen wir nicht, daß die Schweiz in Frankreich geliebt ist; ihr Name ist populär geworden in Folge von Diensten, die sie uns in Zeiten des Unglücks erwiesen hat, und das sind Erinnerungen, die bleiben. Gewiß ist der Name der schweizerischen Republik geeignet, um der gegenwärtigen Regierungsform in Frankreich Sympathien zu erwecken, die sie vielleicht in anderen Zeiten nicht gefunden hätte, und wir sollen der Zukunft ruhig entgegensehen.

Herr Thiers hält sich jetzt zu Dufay am Genfer See, nahe bei Lausanne auf.

### Frankreich.

\* Paris, 29. August. [Buffet und die Präfecten von Lyon und Marseille.] Wie „Figaro“ behauptet, wäre davon die

Rede gewesen, die Präfecten von Lyon und Marseille zu verlegen; Herr Buffet aber hätte sich dieser Veränderung widersetzt und gesagt: „Es sind zwei entschlossene Männer, und ich werde sie auf ihrem Posten aus dem einfachen Grunde beibehalten, weil der Radicalismus sie verabscheut.“

[Mit dem zwischen Frankreich und Deutschland geführten Pferdehandel] beschäftigt sich die „Patrie“ in einem beachtenswerthen Leitartikel.

Nachdem sie daran erinnert, daß der französische Vorrath an Pferden im Jahre 1866 nach amtlicher Zählung 3,313,332, im Jahre 1872 aber, namentlich in Folge der Kriegereignisse, nur 2,882,851 Stück betrug und hieraus die Nothwendigkeit hergeleitet, diesen Ausfall in einem wirtschaftlich und militärisch gleich wichtigen Zweige des öffentlichen Vermögens so rasch als möglich verschwinden zu machen, fährt die „Patrie“ fort: „Welche Mittel hat Frankreich angewendet, um sein Effectiv an Pferden wiederherzustellen? Das nächstliegende besteht darin, die Fortpflanzung in jeder Weise aufzumuntern. Hierüber läßt sich schwer etwas Sicheres feststellen, aber wir wollen bis zur nächsten Zählung zugeben, daß die Züchter in dieser Hinsicht gethan haben, was in ihren Kräften stand. Das zweite Mittel besteht darin, sich auf den Märkten der Ränge des Auslands im Allgemeinen und Deutschlands insbesondere zu erwehren. Wenn wir ein Pferd an andere Länder verkaufen, verlieren wir ein Pferd; wenn wir es an Deutschland verkaufen, verlieren wir zwei Pferde, das, welches uns abgeht, und das, welches die Reichen des Feindes beschafft. Nach seinen ritterlichen Gewohnheiten, auf die auch das Unglück ohne Wirkung geblieben zu sein scheint, hat Frankreich seinen Markt offen gelassen. Seit vier Jahren haben Deutschland, sowie Belgien und die Schweiz, welche wieder an Deutschland abgeben, so viel französische Pferde kaufen können, als sie nur wollten. Dagegen hat Deutschland, um nichts von seinem Pferdebestande zu verlieren, seine Grenzen für die Verbelegung geschlossen. Es hat diese Maßregel im Jahre 1875 ergriffen, nachdem es durch vier Jahre bemäht gewesen war, das durch den Krieg eingetretene Deficit zu decken. Indem es sein eigenes Deficit deckte, hat es das unserer erweitert und jetzt, da wir über die allzu gefällige Rolle, die wir gespielt haben, die Augen öffnen könnten, verperrt es uns den Markt. Das Verfahren ist nicht sehr rücksichtsvoll, aber es ist geschickt. Der Pferdehandel zwischen Frankreich und Deutschland hat sich seit dem Kriege von Grund aus geändert. Früher hielten wir lebhaft Nachfrage nach überheimischen Pferden und die Deutschen waren froh, uns solche verkaufen zu können. Jetzt kaufen sie von uns einen Artikel, an dem wir selber Mangel haben. Im Jahre 1869 verkauften wir an Deutschland 45 Hengste, 1188 Wallache, 268 Stuten und 1343 Füllen, zusammen 2844 Stück; dagegen verkaufte Deutschland an uns 49 Hengste, 1029 Wallache, 882 Stuten und 56 Füllen, zusammen 2066 Stück. Hier ergab sich also für Frankreich ein Plus von 838 Stück. Im Jahre 1873 kauften dagegen Frankreich von Deutschland 79 Hengste, 2075 Wallache, 796 Stuten und 74 Füllen, wogegen Deutschland von Frankreich 163 Hengste, 2221 Wallache, 1256 Stuten und 246 Füllen erkaufte, so daß also 862 Stück mehr nach Deutschland gingen, wobei zu bemerken ist, daß die Zunahme namentlich in der Zahl der Stuten eintrat.“ Nach diesen Thatfachen glaubt die „Patrie“ an die Regierung die Frage richten zu sollen: Warum bleibt unser Pferdebestand dem Auslande geöffnet, während Deutschland uns den seinen verschließt?

[Militärisches.] Laut „France“ haben die Generalstabsoffiziere, welche mit der Revision der Karte von Frankreich beauftragt sind, ihre Arbeiten in den östlichen Departements begonnen. Derselben Blatte zufolge wird gleich nach der Rückkehr des Marschalls Mac Mahon eine Versammlung aller Corps-Commandanten, die an den Herbstmanövern Theil nehmen werden, im Kriegsministerium stattfinden.

[Zum katholischen Congreß zu Reims.] Schreibt man der „R. Z.“: Der Hauptbericht, welcher in der letzten Sitzung des Congresses der katholischen Werke zu Reims zum Vortrag kam, rührte von Herrn de Germigny, Mitglied des Pariser Gemeinderathes, her. Derselbe ist General-Secretär der „Société d'Education et d'Enseignement“ und Director des „Bulletin“ dieser Gesellschaft. Derselbe sprach ebenfalls von der Arbeiterfrage und verwurft alle Systeme, welche bis jetzt zur Verbesserung der arbeitenden Klassen in Vorschlag gebracht worden sind. Er sprach sich auch gegen die Episcopatsummen aus, obgleich sie von mehreren christlichen Staats-Defensionen Gnade gefunden hätten. Er sieht das alleinige Heil darin, daß man dem Beispiel des Herrn Harmel, des Besitzers des Hüttenwerkes von Val-des-Bois, folge und die Basis einer katholischen Organisation unterwerfe. Er richtete deshalb einen Aufruf an alle katholischen Arbeitgeber, dem von Herrn Harmel gegebenen eben Beispiel zu folgen, und kündigte zugleich an, daß er wisse, daß mehrere große Fabrikbesitzer die Absicht hätten, in ihren Establishments sofort die Principien des Herrn Harmel in Anwendung zu bringen. Nach dem Vortrag einiger weiterer Berichte erhielt der Vater Germer-Durand das Wort, der einen Bericht über die von der „Association de Notre Dame de Salut“ eröffnete „dramatische Preisbewerbung“ erstattete. Der Vater ergriff diese Gelegenheit, um der Behauptung entgegenzutreten, daß der Katholicismus für die „Ornements égayés“ nicht empfänglich sei, und die Bibel und die Handlungen der Heiligen sehr gut auf der Scene dargestellt werden könnten. Nach dem Vortrag des Vaters wurde der Name des katholischen Dichters bekannt gemacht, welcher bei dem Wettstreit den Preis davongetragen. Derselben gewann ein Graf Lapon, welcher zum Gegenstand seines Dramas die Geschichte des h. Johann von Capistrano gewählt hatte. Die Stellen, welche der Vater aus dem Drama vorgetragen, erfüllten erklährte die Versammlung mit Begeisterung, die aber in tiefer Trauer überging, als der Erzbischof ankündigte, daß dieser Schriftsteller vor zwei Jahren bereits das Zeitliche gesegnet habe. Der Bericht des Vaters und die Ideen, die er darin fund giebt, verdienen jedenfalls Beachtung, da daraus hervorgeht, daß die Ultramontanen, welche schon die Hand auf die Arme gelegt haben und im Begriff stehen, sich der Arbeiter zu bemächtigen, sich jetzt auch in Besitz des Theaters setzen wollen, und da die heutige französische Regierung sehr clerical gesinnt ist und durch die Theaterzensur einen allmächtigen Einfluß ausübt, so könnte es leicht so kommen, daß man in Frankreich in Zukunft nur noch solche Stücke geben darf, welche der Vatican gebilligt hat. Der letzte Redner war der Vater Joseph, der, wenn ich nicht irre, deutschen Ursprungs ist. Derselbe unterhielt die Versammlung über seine frommen Werte und erzählte von den Denkmälern, welche er den in Gefangenschaft verstorbenen französischen Soldaten habe setzen lassen. Derselbe befuhrte zu diesem Zwecke 185 deutsche Städte. Der Vater erzählte dann von dem Schmerz, der die Katholiken in der Schweiz erfüllte und besonders von den Bedrückungen der armen Genfer Katholiken, denen die protestantische Toleranz in diesem Augenblicke ihre letzten Heiligthümer raube. Selbstverständlich wurde der Schweizer Regierung ein allgemeines Murren dargebracht und darauf die Sitzung geschlossen. Der heutige Schluß des Congresses fand in der Kathedrale statt, wobei Mgr. Langenieux, der Erzbischof von Reims, nochmals eine Rede hielt, welche mit Musik stattfand und die große Glorie gelaßt wurde.

### Großbritannien.

\* London, 29. August. [Zum Zusammenstoß der „Alberta“ und der „Mistletoe.“] Nach zehnwöchiger Verabredung lehrten die Geschworenen, die über die Ursachen des Zusammenstoßes zwischen der königlichen Yacht und der „Mistletoe“ und des dadurch herbeigeführten Todes von drei Personen zu entscheiden hatten, kurz vor Mitternacht in den Gerichtshof zurück und erklärten, daß sie sich über einen Spruch nicht einigen könnten. Die Sache wurde vor das nächste Assisengericht zu Winchester verwiesen. Einer der Geschworenen sagte aus, daß die Meinungsverschiedenheit nur Nebenpunkte betroffen habe. Man ist allgemein der Ansicht, daß der Spruch der Jury auf „Tod durch Unfall“ gelaßt haben würde, und sie sich nur nicht über die Form einigen konnte, in welcher der Tadel gegen einzelne Officiere wegen der zu großen Fahrgeschwindigkeit der königlichen Yacht gelaßt werden sollte. Eine große Volksmenge drängte sich um den Gerichtshof in Gosport, wo die Untersuchung statt fand, und begrüßte die Officiere der „Alberta“ mit Zeichen der Mißbilligung. Der Ausgang der Untersuchung wurde sofort telegraphisch an die Königin nach Balmoral gemeldet.

[Zum Eisenbahnwesen.] Sir John Hawkshaw, schreibt man der „Post.“, erklärte in der von uns berichteten Rede vor der British Association: daß er sich nirgends wohler und sicherer fühle, als in einem Eisenbahnwagen, hinter einer dampfenden Locomotive. Sicherheit ist allerdings ein sehr relativer Begriff, eine Gefühlsache, die mehr nach dem subjectiven Eindruck, als nach der objectiven Thatfache gewürdigt werden muß. Wenn auch nur ein verletzter Passagier auf je 4,000,000 M. Eisenbahnfahrt kommt und das Verhältnis der Accidende zu der Zahl der Reisenden jetzt ein viel günstigeres ist, als zur Zeit der Post- und Fußreisen, wenn wir auch nach dem positivistischen Rechenexempel aus der Summe von so und so vielen Meilen, so und so vielen Personen, so und so vielen Unfällen u. s. w. mit ziemlicher Bestimmtheit zur Durchschnittsumme gelangen und herausfinden können, wann, wo und wie ein Accident stattfinden muß, so wird dadurch noch nicht erklärt, warum auf je 4,000,000 Meilen ein Mensch-

leben geopfert werden muß. Die mathematische Wahrscheinlichkeitsrechnung allein hat nicht viel Tröstliches, wenn man weiß, daß täglich Eisenbahnfälle vorkommen, und daß die meisten nicht der unabwiesbaren Natur-nothwendigkeit, sondern der Nachlässigkeit, dem Leichtsinn, dem Eigennutz der Verwaltung zuzuschreiben sind. In dieser Hinsicht kann uns Sir J. Hawkshaw nicht viel Hoffnung machen. Kleine Verbesserungen zur Beförderung der Sicherheit mögen sich noch anbringen lassen; aber auf viel dürfen wir nicht rechnen. Das einzige Mittel zur Verhütung von Unfällen, das er vorzuschlagen weiß, besteht in der Trennung des Personenverkehrs vom Gütertransport, von denen jeder ein Gefährde für sich haben müsse, wenn der Verkehr der Verwaltung nicht über den Kopf wachsen solle. Diese Reform würde natürlich, wenn sie consequent durchgeführt werden soll, eine ungeheure Vergrößerung des Anlagecapitals erfordern, und es ist fraglich, ob das für Eisenbahn verfügbare Capital eine solche Mehrausgabe hergeben könnte, ohne anderen Industriezweigen zum Schaden des Nationalwohlstandes entgegen zu werden. Seiner Ansicht nach müssen wir uns nicht auf eine Verminderung, sondern auf eine Vermehrung der Accidende gefaßt machen, deren Ausbreitung mit der des Verkehrs gleichem Schritt halten werde. Gleichwohl warnt er vor dem auf dem Continent herrschenden abergläubischen Vertrauen auf das Staats-Eisenbahnwesen. Der Staat kann weder billiger noch sicherer bauen, als eine Actiengesellschaft, und ist vielleicht noch weniger im Stande, der Capitalverschwendung, dem Schwund, der Corruption bei Anlage und Verwaltung Einhalt zu thun, als eine Privatgesellschaft, deren Actionäre unmittelbar an einer vernünftigen und redlichen Verwaltung ihres Capitals interessirt sind. Die Staats-Eisenbahnen bei deren Anlage in erster Linie immer strategische Rücksichten, und erst in zweiter die Bedürfnisse des bürgerlichen Verkehrs maßgebend sind, kommen schon aus diesem Grunde dem Publikum theurer zu stehen, als die Privat-Eisenbahnen, und können sich nie verzinzen wie diese. Der geschäftliche, durch Concurrenz geschärfte und belebte Betrieb ist erforderlich, um Eisenbahnen rentabel zu machen und durch stetigen Wettstreit zu vervollkommen. So viel ist richtig, daß der Staat England nie sein wunderbares Eisenbahnnetz gegeben haben würde, das wohl noch lange ein unerreichtes Muster für die Nationen des Festlandes bleiben wird. Der Staat hat nichts zu thun, als durch ein einfaches Gesetz eine noch einfachere Ueberwachung dem Publikum alle möglichen Garantien zu geben und innerhalb dieser der Privatunternehmung den freiesten Spielraum zu gestatten. Weder bürocratische Bevormundung, noch bürocratische Betrieb kann das moderne Verkehrsnetz betreiben. In England würde die staatliche Verwaltung des Eisenbahnwesens dem Publikum wahr scheinlich die einzige wirksame Garantie rauben, die es der Nachlässigkeit oder der Habgier der Directionen gegenüber besitzt — nämlich Lord Campbell's Act. Diese ist der Schrecken aller Eisenbahndirectionen, und wenn sich aus dem humanistischen Standpunkte aus manches gegen ihr Princip und ihre Anwendung einwenden läßt, so bewirkt sie doch, daß die Eisenbahnverwaltungen aus Selbstinteresse alles aufbieten müssen, um Accidende zu vermeiden. Sie beruht auf dem alten Rechtsgrundsatz des Sachsen-Spiegels, wonach sich alle Verbrechen, jede Verschädigung an Vermögen, Leib und Seele, alle physischen und geistigen Leiden durch eine bestimmte Anzahl von Schafen oder Ochsen abzulösen lassen. Dieser Grundsatz, der noch in dem ganzen englischen Leben eine hervorragende Rolle spielt, wurde von Lord Campbell zum Schutze der Eisenbahnpassagiere veranlaßt. Die Entschädigungssummen, welche eine Direction unter dieser Acte zu zahlen hat, bilden ein beträchtliches Item in ihrem Jahresbudget. Natürlich wird durch Mißbrauch mit der Acte getrieben, welche einen besonderen Zweig des Uncertainty geschaffen hat und von zahlreichen Rechtsagenten als Specialität behandelt wird. Daß die Acte nicht noch menschlicher und erleichter werden sollte, als allzu englischen Begriffen von Menschenwerth, denen die Geschworenen huldigen. Sie schaden den Werth eines Menschen nach seiner geistlichen Stellung und seinem Vermögen ab. Ein gewöhnlicher Arbeiter kann schon für 100 Pfd. Sterl. todtgefahren und für 50 Pfd. Sterl. entschädigt werden; aber für das Leben eines reichen Mannes müssen die Eisenbahngesellschaften tüchtig zahlen. Der Werth eines Baronet, der in dem Falle von Thorpe sein Leben verloren, wurde nützlich von der Jury auf 5000 Pfd. Sterl. veranschlagt, und wenn eine Eisenbahn gar das Unglück haben sollte, einen leibhaftigen Lord unter ihren Verunglückten beklagen zu müssen, so würden die Actionäre ihre Hoffnungen auf die Jahresdividende bedeutend herabstimmen müssen. Und doch singt Burns: „Der Mensch ist Mensch, trotz alledem!“ Aber hier glaubt es ihm Niemand. Viel begreiflicher ist schon der Irthum, welcher behauptet: „Ein Mensch ist so gut als der andere, ja noch viel besser.“

[Zur Reform des Dienstbotenwesens.] Auf der Versammlung der British Association zu Bristol kam in der wirtschaftlichen Abtheilung ein auch für Deutschland interessantes Thema zur Sprache. Es beschäftigten nämlich angelegene englische Damen mit dem Plane einer Reform des Dienstbotenwesens. Geübte, aber unbemittelte Mädchen, die keine Aussicht auf Versorgung haben, sollen, anstatt als Gouvernanten mit magerem Gehalt ihr Leben zu verbrachten oder den Angehörigen zur Last zu fallen, da gebracht werden, die bisher Mädchen von niedrigem Stande überlassenen Dienste von Köchinnen, Hausmädchen u. s. w. zu übernehmen. Standesbedenken sollen durch entsprechende Behandlung und Vermehrung der Bezahlung, „Magg“, an deren Stelle „Gosip“ (Lady's help) tritt, beseitigt werden. Frau Crawshaw verlas auf der gestrigen Sitzung der wirtschaftlichen Section eine Abhandlung über den Gegenstand, in dem sie auch schon praktische Erfahrungen gemacht hat und den sie aufs wärmste befürwortete. Eine Gageerin fand sie in Frau Grey, die als Vertheidigerin der Frauenrechte natürlich nichts Veranlassung zu ihm wußte, als die Vorlesung ihrer Vorrede zu verspotzen; die Zuhörer jedoch theilte sich bald in zwei Parteien, welche den trassen Gegenstand passhaft bekehrten, und so nahm die Besprechung nicht ganz den gewünschten Verlauf. Doch verdient das Project nicht weniger Beachtung.

### Provinzial-Beitrag.

Breslau, 1. Septbr. Angenommen: Se. Durchl. Herrmann v. b. Haffelberg-Trachenberg aus Schloß Trachenberg. (Zrembl.) „[Ueberschwemmung.] Der heutige Morgen stattgehabte Gewitterregen lehrte den zwischen den Häusern Nr. 5 bis 8 einerseits und Nr. 87 andererseits gelegenen Theile der Mathiasstraße in einer Weise Wasser, daß die Fußpassage nur durch Ueberwinden von Vögeln zu ermöglichen war und das Wasser beispielsweise in dem Grundstück Nr. 85 durch das der Vorderfront befindliche Kellerloch in diesen eindrang. Die Schuld daran kann nur der zwischen den Grundstücken 6 und 84, vor Kurzem erst ein gründlicher Reparatur-unterworfen gewesene Kanal tragen, dessen Abfließen so eng ist, daß er derartige Wassermassen aufnehmen kann. Standes ist, wofür wohl als Beweis gilt, daß diese Calamität sich seit langem Zeit bereits das dritte Mal wiederholt. — Im Interesse des öffentlichen Verkehrs ist es dringend wünschenswert, diesem Uebelstande baldmöglichst abzuhelfen.

[Truppen-Transport.] Am 29. August d. J. kamen mittelst um 12 Uhr hier eintreffenden Zuges der Oberschlesischen Eisenbahn der 1. und 2. Compagnie des 1. Bataillons Schlesischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 6 in Stärke von 10 Offizieren, 186 Mann und 5 Pferden unter Commando des Major von Schramm hier an. Der Transport wurde auf der Verbindungsbahn nach dem Freiburger Bahnhof befördert und um 2 Uhr 25 Minuten nach Glogau weiter. — Die Truppen hatten an Armirungs-Übungen in und um Reisse theilgenommen und lehrten in Garnisonsort zurück.

[Ablehnung.] Dem „Freib. Boten“ geht aus Hohenfriedberg folgendes Schreiben von Freundeshand zu: „Auf die Einladung der Stat. befordern haite das Hofmarschallamt zu Berlin unter dem 21. August mitgetheilt, daß Se. Majestät gern bereit ist, hiesige Siegeshöhe zu besuchen, wenn sich Solches mit der Fahrt nach Rohnstod vereinigen ließe; eine bestimmte Zusage könne jedoch augenblicklich nicht ertheilt werden. Zur Abmeidung oder etwaiger Vorbereitungen theilt das Hofmarschallamt mit, daß nach jetzt getroffener definitiver Feststellung des Reiseplans Sr. Majestät seinem Bedauern für Diesmal von dem Besuch der Siegeshöhe abgesehen werden muß.“

Breslau, 31. August. [Victoria-National-Invaliden-Stiftung und Kaiser Wilhelm's-Stiftung für deutsche Invaliden.] Die gestern Abend 6 Uhr im Konferenzzimmer des Rathhauses abgehaltene Generalversammlung der beiden Stiftungen wurde von dem Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Stadtrat Veder, geleitet. Zur Erledigung gelangte zunächst der Verwaltungsbereich der Breslauer Local-Vereine der beiden Stiftungen für das abgelaufene Verwaltungsjahr. Wir entnehmen der Stichtische Nachstehendes: Der gemeinsame geschäftsführende Ausschuss der beiden Stiftungen hatte sich auch in dem vergangenen Geschäftsjahre der tüftelmäßigen Bestrebungen vielfacher Unterstützungen seitens der einen und anderer Wohlthäter zu erfreuen, und vermochte infolge dessen eine große Anzahl bedürftiger Invaliden und Familien gefallener oder verstorbener Krieger aus den Feldjahren 1866 und 1870/71 Hilfe und Unterstützung zu



gewöhren. Gemäß § 13 des Statuts der Kaiser-Wilhelms-Stiftung wurden beide Klassen getrennt gefürht. (Einen weiteren Auszug aus dem Verwaltungsbericht s. in Nr. 367 d. Bresl. Ztg.)

Bei der demnächst folgenden Wahl der Rechnungs-Revisoren wurden als solche die Herren Kaufm. L. Burgfeld und Apotheker Reichhelm, zu deren Stellvertreter die Herren Kaufm. Riebeth und Buchhalter Bailant gewählt. Die bisherigen Mitglieder des Ausschusses, Stadtrath Becker, Rathsecretair Fechner, Stadtrath Hipauf, Kaufm. D. Hübner, Kaufm. Kionta, Kaufm. Pasch, Kaufm. Promnitz, Kaufm. Rabe, Kaufm. Ad. Sachs, Kaufm. Schröder, Apotheker Stenzinger, Kaufmann Thal, Fabrikant Vorwerk und Parfülier Wähler wurden per Acclamation wiedergewählt.

Dr. Hirschberg, 30. August. [Vortrag Dr. Weber's.] Auf Ersuchen des Vorstandes der hiesigen altkatholischen Gemeinde hielt gestern Herr Prof. Dr. Weber aus Breslau in der Kirche „zum heiligen Geiste“ hierelbst Gottesdienst, Abends vorher aber im Siegenwischen Saale einen Vortrag über die zweite altkatholische Synode. Redner wies hierbei einleitend auf den Spruch Góthes hin: „Was glóht, ist für den Augenblick geboren; das Große bleibt der Nachwelt unverboren“, und bemerkte, daß dieses Wort des großen Dichters auch auf die deutsche altkatholische Bewegung seine Anwendung finde. In Gené sei man viel energischer zu Werke gegangen; die Folge aber sei gewesen, daß Vater Góthard daselbst den Muth verlor, das begonnene Werk zu führen, und deshalb wieder aus seinem Pfarramt zurücktrat. Der deutsche Ultramontanismus sei eine selbstthätige Bewegung, die vom ersten Augenblicke an bis zum heutigen Tage ihren religiösen Character bewahrt habe, wenn ihr auch eine hohe nationale und wichtige vaterländische Bedeutung beizumessen. Dieselbe sei davon ausgegangen, daß die vaticanischen Decrete, die man am 18. Juli 1870 in Rom als Offenbarungen Gottes proclamirte Unwahrheiten seien. Dies sei der Rechtsboden des Ultramontanismus, welcher die Staatsregierungen genóthigt habe, demselben auch seine Rechte zuzumessen zu lassen. Das Ziel des großen Reformwerkes bestehe darin, die der ungetheilten Kirche bis in das neunte Jahrhundert hinein als apostolische Lehre anerkannten Glaubenssätze wieder in das Bewußtsein des katholischen Volkes zu bringen. Der Ultramontanismus halte fest am katholischen Glauben und Cultus, und den Versuch, ihn der Häresie zu bezúchtigen, habe selbst der Ultramontanismus noch nicht gewagt. Das Reformwerk aber schließe mit der Verwerfung der beiden Juli-Decrete — der Unfehlbarkeitslehre und des Universal-Episcopats keineswegs ab, indem diese Decrete nur der Ausdruck eines ganzen Systems von Erdróhtungen seien, die in der katholischen Kirche sich eingebürgert und nun von Hunderten und Tausenden als zum Wesen der Kirche gehörig angesehen würden; die Intention des Ultramontanismus gehe dahin, alle Politik aus der katholischen Kirche hinauszumessen und die Kirche lediglich zu einer religiösen Anstalt zur Heiligung und Veredelung der Menschen zu machen, wie sie von Christus und seinen Aposteln gegründet worden, unter Ausschluß jeglicher clericalen und hierarchischen Zwecke. Von diesem großen Gesichtspunkte aus, wolle Redner an einzelne, schon durch den ersten Congreß angebahnte bedeutungsvolle Reformbestrebungen des Ultramontanismus erinnern.

Redner charakterisirte demnach das sogenannte Messtipendium und wies im Anschluß hieran an den Grundsat des Ultramontanismus hin: „Was wir umsonst empfangen, wollen wir auch umsonst geben“, um zu erläutern, wie die altkatholische Kirche die Seelsmittel unentgeltlich spende, damit religiöse und materielle Interessen von einander sich scheiden. Ferner habe es der erste Congreß in München den altkatholischen Geistlichen zur Pflicht gemacht, in ihren Predigten und religiösen Vorträgen sich jeder politischen Agitation zu enthalten, und diesem Grundsatze wurde auch gewissenhaft entsprochen. Dies seien freilich keine der großen Wässer ins Auge fallende Reformen; der Ultramontanismus aber habe nicht dadurch die Zahl seiner Anhänger vermehren wollen, daß er geróuschvoll in die Tagesmeinungen eintrete. Derselbe schreite vielmehr, wenn er auch von ultramontaner Seite auf die Stufe des Monarchismus und der Deutschtholiken gestellt würde, in seinen Reformen systematisch weiter; jede Synode bringe neue derselben, wie dies auch von der letzten Synode geschehen.

Redner wies nunmehr auf den Hauptinhalt der von Bonner Synode vorgelegenen, vom Geheimrath Schulte in Bonn zusammengestellten „statistischen Uebersicht über den Stand des Ultramontanismus in Deutschland“ hin, hierbei durch Zahlen den Zuwachs nachweisend, den die deutsche altkatholische Kirche seit einem Jahre erfahren. Dieser Zuwachs sei um so beachtenswerther, als in verschiedenen Ländern, besonders in Baiern, noch große Hindernisse zu überwinden seien. In Preußen sei durch das Ultratholiken-Gesetz nunmehr die staatliche Anerkennung der Ultratholiken erfolgt, und es stehe außer Zweifel, daß jetzt, nachdem die Ultratholiken zur Mitbenutzung der Kirchen berechtigt sind, deren Zahl verhältnismäßig sich eben so mehr werde, wie seit einem Jahre in Baden. Den Vorwurf der Ultramontanen, daß die Ultratholiken an der neuen kirchenpolitischen Gehegung schuld seien, müsse der Ultramontanismus entschieden zurückweisen. Nicht die Ultratholiken seien es, welche die kirchenpolitische Gehegung veranlaßt haben, sondern die vaticanischen Bischöfe in ihrer Opposition gegen die Staatsgewalt. Daß aber nunmehr die Ultratholiken zur Mitbenutzung des katholischen Kirchenvermögens gelangen, sei ihr gutes Recht, welches sie von der Staatsregierung zu fordern gehabt, indem sie diejenigen Katholiken seien, die Jahrhunderte lang staatlich anerkannt sind, während die vaticanische Kirche als eine ganz neue Religions-gesellschaft sich in unzureichender Weise im Besitze des kirchlichen Vermögens befindet (Bravo!). Thatsache sei es, daß die große Mehrzahl der Katholiken, welche die vaticanischen Decrete innerlich eben so wenig glauben, als die Ultratholiken, nur aus verschiedenen Rücksichten noch bei dem Ultramontanismus verharren und so zur quantitativen Mehrzahl seiner Anhänger beitragen; es dürfe aber die Hoffnung gehegt werden, daß einst die Mehrzahl und damit der volle Besiz des Kirchenvermögens auf Seiten der Ultratholiken sein werde, dann werde der Ultramontanismus, aus Deutschland hinausgeworfen, seine Heimstätte allein in Rom suchen (Bravo!). Die Ultramontanen zógen in dem Augenblicke aus ihren Kirchen, in welchem die Ultratholiken in die Mitbenutzung derselben gesetzt würden; sie betrachteten eine solche Kirche als excommunicirt (Heiterkeit), vorgebend, so sei es kirchengesetz. Diese Behauptung sei aber eine Lüge; denn von den zwei bis drei Fällen, in denen nach dem Kirchenrechte eine Kirche als excommunicirt anzusehen sei, passe keiner auch nur im Mindesten auf den Ultratholiken.

Der Ultramontanismus sei es vielmehr nur darum zu thun, durch solche Behauptungen den Fanatismus gegen die Ultratholiken rege zu machen, Volksausläufe zu erzeugen und dadurch die Staatsregierungen einzuschüchtern. Die Ultramontanen würden gewiß diese Praxis aufgeben und wieder Gottesdienst in den Kirchen abhalten, sobald sie die Vergeltlichkeit ihres Einschüchterungssystems einsehen. Diefem ultramontanen Treiben gegenüber mache die erwachte staatliche Uebersicht aber auch auf das wahrhaft humane und christliche Verhalten des deutschen Protestantismus aufmerksam, der den von den vaticanischen Bischöfen ausgesprochenen Ultratholiken seine Gotteshäuser zur Verfügung gestellt habe. Dieses Entgegenkommen sei ein prächtiges Christenthum, das mehr werth sei, als alles hohle dogmatische Formwesen (Bravo!). Ultratholismus und Protestantismus seien durch dogmatische Grundbóse noch geschieden, aber sie seien einig im Geiste, christlicher Liebe und wahrhafter Toleranz. Gegen das von dem Protestantismus gebotene praktische Christenthum stehe der Fanatismus und der Ultramontanismus gewaltig ab und es sei die Frage unklar zu beantworten, auf welcher Seite der lebendige Geist des Christenthums liegt. (Bravo!)

Redner ging hierauf auf den schon von der ersten Synode gefaßten Beschluß, betreffend den Gebrauch der deutschen Sprache bei den verschiedenen gottesdienstlichen Handlungen über. Der deutsche Ultratholismus sei von Anfang an von der Ueberzeugung ausgegangen, daß man Gott in seiner anderen Sprache besser und inniger verehren könne, als in der Muttersprache, für die römische Curie aber sei die lateinische Cultussprache eines der Mittel gewesen, die katholische Kirche vollständig zu romanisiren. Es habe demnach die Einführung der deutschen Sprache als Cultussprache auch eine hohe nationale Bedeutung, und es diene damit die altkatholische Kirche wesentlich den vaterländischen Interessen. Die góugliche Durchführung der Sache aber habe ihre Schwierigkeit, die ganz besonders in Bezug auf die Uebersetzung der Messe in die deutsche Sprache sich herausstellen. Vorläufig sei der von der ersten Synode gefaßte Beschluß, ein neues Rituale in deutscher Sprache auszuarbeiten und der diesjährigen Synode zur Beschlußfassung vorzulegen, ausgeführt worden. Die Synode habe dasselbe unter nochmaliger Feststellung einer Jahresfrist zur Einbringung von Aenderungsvorschlägen genehmigt, und es solle dieses Rituale nunmehr in allen Gemeinden gebraucht werden. Die Messe wolle man schon jetzt mehr und mehr zur Sache der ganzen Gemeinde machen, und es könne ein Jeder seine Vorschläge an die Synodal-Repräsentanz in Bonn einschicken. Auch die Reducirung der Feiertage sei von der Synode angebahnt worden, doch habe auch hier dieselbe, wenn sie Anstöß hermeiden wollte, nicht ohne Weiteres mit der Abschaffung vorgehen können. — Eine ausführliche Behandlung im weiteren Verlaufe des Vortrages finden die Beschlüsse der Synode in Beziehung auf die Einführung der Ehe mit besonderer Berücksichtigung der mit dem 1. Januar 1876 im ganzen deutschen Reiche in Kraft tretenden Einführung der obligatorischen Civilehe. Bis jetzt, so betonte Redner im zusammenhängenden Rückblick auf die Beschlüsse der Synoden, sei in den Reformen alles geschehen, was überhaupt

móglich gewesen, ja es müßte das, was bei der Ueberbóhrung der thätigen Kräfte geleistet worden, bewundernswórdig genannt werden. Namentlich zeuge auch eine reiche Literatur von der inneren Lebenskraft des Ultratholismus. Derselbe halte nach seinen Grundprinzipien, die er vor aller Welt offen bekenne, fest am alten katholischen Glauben und Cultus und opfere von den positiven christlichen Wahrheiten keine Silbe, er wolle aber auch Cultus- und Gewissensfreiheit geübt wissen und Niemanden zur Annahme der religiösen Wahrheiten zwingen. Wer durch Zwang oder aus äußeren Rücksichten sich in ein anderes Bekenntniß hinüberláufen lasse, sei kein ehrlicher Mensch. Auf dem Boden, auf welchem der Ultratholismus stehe, hoffe derselbe auch die freithetliche Entwicklung der deutschen Wissenschaft mit dem christlichen Glauben in Uebereinstimmung zu bringen und mit dem deutschen Protestantismus eine gegenseitige friedfertige Verständigung zu gewinnen, ohne diesen zu sich herüberziehen zu wollen. Nicht minder hoffe er auch eine weltliche Stúze der staatlichen und bürgerlichen Ordnung zu werden, indem er nicht bloß im Dienste der Religion, sondern auch in dem des Vaterlandes stehe, allerdings verurtheilt und beschimpft vom Ultramontanismus. — Für die genannten Ziele sei auch die hiesige altkatholische Gemeinde eingetreten, und Redner hoffe, daß dieselbe, nachdem sie in den Besitz einer Kirche gekommen, auch dann dieses Ziel nicht aus den Augen lassen werde, wenn sie über kurz oder lang an dem katholischen Kirchenvermögen participiren wird; er hoffe, daß sie nicht nur äußerlich wachsen, sondern auch innerlich stark und fest bleiben werde, und von diesem Gesichtspunkte aus wünsche er ihr eine gute Zukunft. (Bravo!)

Hiermit schloß der 1 1/2 stündige Vortrag, welche von ca. 400 Personen besucht war.

r. Ramsau, 31. August. [Lehrer-Bacanz. — Der katholische Erziehungs-Verein.] Binnen kurzem wird an der hiesigen evangelischen Stadtschule abermals eine Lehrerstelle, und zwar die der sogenannten Armen- oder Landschule vacant, da deren gegenwärtiger Inhaber, Lehrer Schauder, einer Berufung nach Groß-Schönwald, im Kreise Polnisch-Wartenberg, folgt. Mit der erledigten Lehrerstelle ist ein Einkommen von 300 Thlr. verbunden, welches nach dem hier eingefóhrten Stellen-Versorgungs-System bei eintretender Vacanz und den dann ermógligten Antráden in die nächste höhere, immer um 18 1/2 Thlr. besser dotirte Stelle bis auf 500 Thlr. steigt. Eine Entschádigung für Holz und Bohnung wird den Lehrern z. Z. hier nicht gewóhrt, doch verlautet, daß sämtliche Lehrer wegen dieser Ecmóumente nachhens bei den zustándigen Behörden petitioniren werden. — Wie bereits in Nr. 314 d. Ztg. mitgetheilt worden ist, sind die meisten Mitglieder des katholischen Erziehungs-Vereins, den der kónigl. Kreisschulen-Inspector Nerlich in Kaulwitz vor Jahresfrist in das Leben gerufen, welchen Verein aber die kónigl. Regierung wegen seines staatsfeindlichen Treibens aufzulösen sich veranlaßt gefund hat, nachtráglich in polizeiliche Strafen von verschiedener Höhe genommen worden. Die Strafanträge stúken sich auf die §§ 1 und 12 der Verordnung vom 11. März 1850 und § 78 des Strafgesetzbuchs, und beschúldigen die Betreffenden, in Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten verhandelt worden sind, als Vortrager, und beziehentlich Redner aufgetreten zu sein, ohne daß der Unternehmer der Versammlung die erforderliche ortspolizeiliche Anzeige gemacht hat. Die sämtlichen von Strafmandaten betroffenen Lehrer haben gegen die Geldstrafen Widerspruch erhoben und auf gerichtliche Entscheidung angetragen, wozu in der nächsten Zeit Termin ansteht. Dagegen sollen, wie verlautet, diejenigen Geistlichen, und unter ihnen auch der v. Nerlich, welche in jenen Versammlungen ebenfalls als Redner aufgetreten und dierfalls gleichfalls von Strafmandaten betroffen worden sind, die gegen sie festgesetzten Geldstrafen unweigerlich bezahlt haben.

a. Reschnitz, 31. August. [Verkauf. — Markt. — Franziskaner. — Etranten.] Das Gut Frei-Wogel-Reschnitz, welches Amtsrath Himmel seinem Neffen vermachte, ist dieser Tage wegen Krónklichkeit des Vóhers an Herrn Hauptmann v. Below für 95.000 Thlr. verkauft worden. — Bei dem gestern abgehaltenen Viehwasser waren 362 Stúck Róhe und 26 Stúck Jungvieh aufgetrieben und wurde ein großer Theil von Hándlern aus der Hirschberger Gegend aufgekauft. Ueberhaupt sind die Viehmárkte durch die Nothe der Oederniederung stets sehr stark besucht. Im Ganzen waren Róhe billig. — Die letzten zwei Franziskaner aus dem Kloster zu Annaberg wurden durch Herrn Landrath Rudolf aus Groß-Siechitz dieser Tage ausgewiesen. Der Act verlief außerordentlich gemúthlich. — In Annaberg sind in einem Wasserstúmpel zwei junge Leute ertrunken, die sich wegen der großen Hitze abkúhlen wollten.

[Notizen aus der Provinz.] \* Piegais. Wie dem „Anz.“ mitgetheilt wird, steht es nunmehr fest, daß Se. kónigl. Hoheit der Kronprinz nebst hoher Gemahlin und Gefolge, ungefóhr 27 Personen, beim Commerzrath Herrn Ruffer am Steinmarkt Quartier nehmen. — Der Herr Ober-Präsident der Provinz Schlesien, Graf Arnim, wird während der Anwesenheit des Kaisers vom 15. bis 18. September cr. ebenfalls hier anwesend sein und seine Wohnung im kóniglichen Schlosse nehmen. — Herr Kaufmann F. Jacobi in Sauer hat zur Aufstellung in die kaiserliche Zimmer des Schloßes einen geschnitten und dierfals ausgelegt, wólich prächtigen Blumentisch mit Aufsatze geliefert und dárin wie wohl annehmen, daß aenannter Herr sich mit diesem Pracht-Exemplar bei den hohen Herrschaften Ehre einlegen wird. — Wir erfahren, daß im Ganzen nur 14 Pferde aus dem Marstalle des Kaisers in den hinteren Róumlichkeiten des hiesigen Schloßes untergebracht werden; darunter wóren sich speciell zur Disposition des Kaisers 6 hengende befinden.

+ Górlitz. Die „Nied. Ztg.“ meldet: Als der um 4 Uhr 19 Minuten früh vom Kóhlfurt in Benzig eintreffende Zug am 30. d. Mts. den Bahn-Übergang bei der Hoffmann'schen Glashütte zu Benzig passirte, gerieth der Glasmachergehilfe Koch auf eine bis jetzt noch nicht aufgeklärte Weise unter die Ráder der Locomotive und wurde sofort getódet. — Am 28. August spielte der dreijährige Sohn des Hofraths Róssel zu Krieba, Reichs-Rothenburg, mit einem kleinen Hunde am Ufer des nahe bei der eirlichen Wohnung befindlichen Teiches und fiel dabei an einer Stelle, wo der leitere sehr tief war, ins Wasser. Seine Mutter eilte auf sein Geschrei herzu und stürzte sich zur Rettung ihres Kindes in den Teich. Sie vermochte dasselbe aber leider nicht zu erreichen, sondern sank sofort unter und mußte nun um ihr eigenes Leben kämpfen. Auf ihren Hilferuf war jedoch eine in der Nähe befindliche Frau herbeigeeilt, welche ihr eine Stange zureichte und sie ans Ufer zog. Das arme Kind war inzwischen ertrunken.

Δ Gr. Glogau. Der „Nied. Anz.“ berichtet: In der am 30. August stattgehabten geheimen Stadtvorstandes-Szung wurde über die Beistellung der Stadtvorordneten an den Empfangsfeierlichkeiten Sr. Majestät des Kaisers am 9. September beschloffen und dem Antrage des Magistrats, gegen einen untreuen H. f. unterbeamten strafrechtlich einzuschreiten, beigeistimmt. — Die Arbeiten bei der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn auf der Strecke Küstrin-Stettin schreiten so rúutig vorwárts, daß die 24 Kilom. lange Strecke Küstrin-Varnwalde bereits mit Arbeitszúgen befahren wird und daß den industriellen Etablissements in der Nähe genannter Strecke die Zufóhrung gemacht worden ist, daß nach den Stationen Neumúhl, Fürstenfeld und Varnwalde vom 1. November d. J. ab Wagenladungs-Güter als Kohlen, Getreide &c. expedirt werden würden. Der úbrige Theil der Bahn mit den Stationen Wiénitz, Kónigsberg i. N.-M., Uchdorf, Window, Greifenhagen, Ferdinandstein, Bobjude, Stettin dürfte spätestens am 1. October d. J. zur Eröffnung gelangen.

\* Lauban. Der „Anz.“ meldet: Am 30. August wurde das Dienst-máßchen des Herrn Pastor prim. Schmidt verháft. Diefelbe steht im Verdacht fahrlássiger oder muthwilliger Weise ist noch nicht ermittelt, das Leben ihrer Dienstverhórschaft durch Vergáftung des Morgentkaffees in Gefahr gebracht zu haben. Zum Glúck war die Familie durch den úbelen Geruch des Kaffees vom Trinken desselben abgehalten worden, hatte aber eine Quantitát analysiren lassen. Auf Grund des gewonnenen Resultats erfolgte dann die Verháftung des Máßchens.

+ Schweidnitz. Die hies. Ztg. meldet: Nach eingetroffenen Nachrichten hat Se. Majestät unser allerberrlicher Kaiser bei seiner Durchreise nach Camenz am 15. September auf hiesigem Bahnhof einen Aufenthalt von 5 Minuten befohlen, um die Begrúßung der stádtlichen Behóden entgegen zu nehmen.

Δ Jauer. Am 30. d. Mts. fuhr ein Gútsbesitzer von Hermannsdorf nach Jauer, um mehrere durch einen Todesfall in der Familie veranlaßte Einkäufe zu machen. Die Sachen, bestehend in Kleiderstúcken, Specereimwaren, Sargbeschlágen &c., wurden im Verein mit einer Flasche voll Petroleum in Strohd im hinteren Theile des Plauwagens verpackt und darauf die Rückfahrt angetreten. Kurz vor Hermannsdorf wurde der Fúhrer des Wagens von Vorübergehenden aufmerksam gemacht, daß es im Wagen brenne, und schon hatte die Flamme so úberhand genommen, daß nur schleunigst die Pferde ausgespannt und der Wagen sammt dem Inballe seinem Schicksale úberlassen werden mußte. Man vermuthet, daß der Besizer des Fuhrwerks Tabak geraucht hat und daß dabei ein Funken in das auf dem Wagen befindliche Strohd gefallen ist.

○ Ratibor. Der „Ob. Anz.“ berichtet: Der Orkan, welcher am 28sten August d. J. den Ratiborer Kreis heimsuchte, hat gróßere Verheerungen angerichtet, als man sich úberhaupt vorstellen vermágt. Namentlich hat die Herrschaft Grabowla durch ihn sehr zu leiden gehabt. Auf dem Vorwerk Neuhof wurde eine Scheune eingerissen und Dácher arg beschádigt. Auf den

Wiesen, wo man mit dem Einfahren von Grummet beschäftigt war, nahm der heftige Sturm die beladenen und bespannten Wagen, hob sie in die Höhe und warf sie um. Auf dem Vorwerk Leichhof wurden eine schöne, massive Scheune und eine schöne Kústall theilweise vom Schuttwert befreit, die Seitenwánde von 4 Fuß Stärke erlitten lassende Spaltungen. Die auf dem Kústall befindliche Trampelpfad wurde von der Hauptwand gelóst und erhielt arge Risse. Die Scheuerthore rúß der Orkan heraus, zerbrach dieselben und láhrte die Stúcke auf das Feld fort. Auf dem Vorwerke Paprotnitz wurde ein Schuppen, unter den sich ein Geypann mit einer Fúhre Heu geráchtet hatte, eingerissen und begrub Heu und Pferde unter sich; doch ist góttlob kein Unglúck daraus entstanden, denn Knechte und Pferde kamen mit dem Schrecken davon. Außer daß sämtliche Dácher sehr arg beschádigt wurden, rúß der Sturm dort auch eine alte Scheuer ein, und zwar so, daß Holz und Steine nur einen Haufen bilden. Wenn man aber von der Festigkeit und dem Gewalt des Sturmes einen Begriff erhalten will, muß man die schöne, von Paprotnitz nach Lubom fúhrende Pappelallee betrreten. Hier liegen 41 Stúck der schönsten, stárksten Pappeln entwurzelt, mit großen Erdballen daran, gleich riesigen Leichen am Wege, so daß man vor Entsetzen úber diese Verwústung die Augen verblónden móchte. In dem Vorwerke Lubom sind die Dácher arg beschádigt und eine Scheuer vollständig eingerissen. In dem schönen herrschaftlichen Park zu Grabowla sind die 1000jáhrigen Linben, die eine Fiede für die ganze Umgegend waren, auseinandergerissen und ihrer Schónsheit beraubt, der Wein des Inspectors ist von den Schloffen zerlángen, und alle Fensterláden nach der Sturmseite hin zertrümmert. Man móge sich vorstellen, in welcher Angst die Bewohner dieser Gebáude wáhrend der bösen Katastrophe, welche gegen 20 Minuten wáhrte, geschweht haben! Auf dem Vorwerke Leichowitz ist eine Scheuer eingerissen worden. Gróß ist der Schaden, den der Behzer dieser Herrschaft an Gebáuden und auch im Forste erlitten hat.

[Volkschul-Atlas.] In dem Verlage von George Westermann zu Braunschweig ist der „Volkschul-Atlas von Dr. H. Lange“ in neuer Bearbeitung erschienen. Derselbe enthált zweunddreißig Karten in Farbendruck und kostet gleichwohl nur eine Reichsmark.

Durch diese Wohlthat ist es eben so wie durch seine correcte und saubere Ausfóhrung für den Unterrichtsbereich in drei und mehrklassigen Volkschulen vorzugsweise geeignet. Ich veranlasse die kónigliche Regierung daber, die Schulinspectoren und Rectoren Ihres Bezirks auf dieses Lehrmittel aufmerksam zu machen.

Berlin, den 3. Juli 1875.

Der Minister der geistlichen &c. Angelegenheiten. Im Auftrage: Greiff.

Berlin, 31. August. Speculations- und Cassaengescháft rivalisiren heute mit einander in Bezug auf die Gescháftslosigkeit. Die Umsáze blieben auf sämtlichen Gebieten in den engsten Grenzen und somit hátte auch der Verkehr keinen bestimmungsgemáßen Character zeigen können. In dieser Hinsicht hált aber eine, wie es scheint, zuverláßigere Nachricht úber die Semestral-Bilanz der Oester. Creditanstalt aus, und nahm in Folge dessen der Gescháftsverkehr eine festere Fárbung an. Der Reingewinn der Creditanstalt wird auf 1,292,533 fl. angegeben, wáhrend sich der Bruttogewinn auf 2,380,576 fl. beziffert. Es wúrdem also per 1. Semester 5 fl. 16 Kr. per Actie oder 6,46 fl. per annum als Dividende entfallen können. Hier hatte man einem ungünstigeren Resultate entgegengesehen und schritten vorsichtige Speculanten despalz zu Deductionen, wiewohl sich die Bóisse mit Recht sagte, daß Abschreibungen in der Höhe von nur 143,000 fl. naib beurtheilt, in das Gebiet der Selbstláuschungen zu rubriciren wáren. Die Wiener Bórsé sagte die Bilanz anfänglich ungenúgend auf, spätere Nachrichten schildern das Geschäft in Credit-Actien als lebhaft. Ein Gerúcht von Fallissements in Petersburg fand seitens sonst wohlunterrichteter keine Bestátigung. Oesterreichische Credit-Actien hatten ungefóhr mit gestrigem Schlusscours eingesezt, stiegen dann aber etwa 3 M. und hielten sich unter einigen Schwankungen in diesem Niveau, Oesterreichische Staatsanleihen und Lombarden in Folge von Deductionen ebenfalls anziehend. Galizier mact, andere Oesterreichische Nebenbahnen gescháftslos. Locale Speculationseffecten unbeliebt. Disc.-Comm. 154, Sept. 152 1/2 — 1/4, Dortmunder Union 14, Laurahütte matt, 91,40, ult. 91 1/4 — 91. Für die auswärtigen Staatsanleihen zeigte sich eine wenig gúnstige Tendenz, Nachrichten, die eine wesentliche Einwirktung nach irgend einer Richtung hin háttén áußeru können, lagen nicht vor und es blieb der Verkehr in diesen Werthen nicht nur sehr still, sondern es ánderien sich auch die Notirungen nur ganz unwesentlich. Im Ganzen neigte sich die Coursebewegung nach unten. Russische Werthe úberandert, nur Prámien-Actien etwas gestiegen; Preussische Fonds blieben ohne Leben, waren im Allgemeinen aber fest, Preussische Prámienanleihe beliebt und steigend. Von anderen deutschen Staatspapieren, die sämtlich eine feste Haltung trugen, zogen namentlich baierische und badische Prámienanleihe im Course an. Köln-Mindener Loosanleihe besser. Eisenbahn-Actien blieben durchweg gescháftslos. Auf dem Eisenbahn-Actienmarke stagnirte das Geschäft fast vollständig. Die Stimmung war wohl im Allgemeinen fest, aber nennenswerthe Courseerhóhungen sind nicht zu verzeichnen; die rheinisch-westfälischen Speculationsbedienen behaupteten sich ziemlich gut. Leichte Bahnen blieben durchaus vernachlássigt, Rumánen angeboten und im Course gedrúckt, Medlenb. Friedr.-Franz. 104,80. Bankpapiere in geringem Verkehr. Reichsb. 153. Centralb. für Industrie und Preuss. Vobencredit besser. Berliner Commerzbank blieb zu steigendem Course gesucht. Spiritus anziehend, auch Berliner Wechselbank ging zu höherem Course um. Góth. Grundcredit belebter. Auch Discontobank wurde ziemlich rege umgelegt. Medl. Hypoth. und Hannover. Bank wiederum matter. Industriebapiere fanden nur sehr geringe Beachtung, Brauerei Kónigsb. belebt, Albrecht und Landré anziehend. Schleifische Porzellan gut beachtet, Westend und Flora billiger, Central-Bauverein angeboten, Fabrik Wunderlich offerirt, Norddeutscher Eisenbahnbedarf recht lebhaft, Górlitzer Eisenbahnbedarf zu etwas ermáßigter Notiz beliebt. Montanwerthe meist gescháftslos. Zarnowitzer und Bohemer ließen nach. Wechsel unbeliebt und wenig verándert. — Um 2 1/2 Uhr: still. Credit 368,50, Lombarden 175, Franzosen 435,50, Discont.-Commandit 154, Dortmunder Union 14, Laurahütte 90 1/4, Reichsbank 153, Rumánen 27,75, Köln-Minden 92, Bergische 81 1/4, Rheinische 110,50. (Wank u. S.-Ztg.)

[Bilanz der österreichischen Credit-Anstalt.] Wir behalten uns eine Besprechung úber die Bilanz der österreichischen Creditanstalt für das erste Semester bis nach Eintreffen der detaillirten Zahlen vor und geben heute zur gróßeren Uebersichtlichkeit die Ziffern der Semestralbilanz selbst im Vergleich mit denen des Vorjahres. Es betragen

	1875	1874
Provisionen .....	542,429 fl.	681,580 fl. — 139,151
Zinsen .....	1,502,218 fl.	1,719,187 fl. — 216,969
Devisen .....	199,563 fl.	178,599 fl. + 20,969
Gewinn an Effecten .....	54,410 fl.	236,975 fl. — 182,565
Verschiedenes .....	48,729 fl.	100,164 fl. — 51,435
Gewinn - Antheil an der Ungarischen Creditbank .....	33,220 fl.	139,920 fl. — 106,698

Bruttogewinn 2,380,576 fl. 3,056,425 fl.  
Der Bruttogewinn hat sich somit um 655,849 fl. vermindert. Das Verhátniß des Nettogewinnes stellt sich etwas gúntiger. Es betragen in den resp. ersten Semestern die

	1875	1874
Speisen, Gehalte und Steuern ret.	900,000	1,052,380 — 152,380
Abschreibungen .....	143,712	274,763 — 131,051

Das Netto-Ertrágniß hat sich, wie oben angegeben, um 436,746 fl. verringert.

Múrnberg, 28. August. [Hopfen.] Der Markt war auch heute mit zahlreicher Zufuhr bedacht, welche Morgens 200 Ballen betrug und den nicht geringen Bedarf weitáus úberragte, so daß die Tendenz in weicherer Richtung und Preise sich fast táglich einige Gulden áwárts bewegen. Man bezahlte für gut getrocknete Marktware 48—54 fl., wáhrend Badische, die in früheren Jahren als Erstlingshopfen sehr beliebt waren, hauptsächlich wegen schlechter Pfláude vernachlássigt, nur 48, 50—52 fl. aufringen konnten. Für Prima Hallertauer, welche selten vorhanden sind, wurden 66—70 fl., für einzelne Ballen Wúrttemberger Ausfóhrprima 58—70 fl. bezahlt. Bis Mittag steigerte sich die Zufuhr auf 230 Ballen, welche fast sämtlich zu weichen Preisen abgingen. Man bezahlte schließlich für gewóhnliche Marktware 40—42 fl., in gróßeren Partien 38 fl., wodurch die Preis-Tendenz abermals einen Abzáhl von 6—9 fl. documentirte. Wochenumsatz 800 Ballen.

Saaz, 27. August. Die Preise haben sich wieder etwas gedrúckt. In der Stadt kann man gute Waare mit 100—105 fl. kaufen, im Bezirk zu 100 fl. In guten Kreislagen ist mit 85—90 fl., in geringen zu 70—75 fl., gelóbt worden. Im Geschäft ist noch im uer kein richtiges Leben und für obige Preise nur wenig Animo.

Albst, 28. August. Am heutigen Hopfenmarke wurden 31 Ballen neuer Hopfen angeboten und zu Fr. 85—100 verkauft.

Prag, 28. August. Im Laufe der Woche machte sich in vielen Hopfen-



Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Wien.